

Dienst für Entwicklungsfragen  
754.8 - Jag/st

AA Bern, 13. Mai 1988

Notiz an Herrn Direktor Blankart

Kopie an: Cm, A, Py, Gi, Ke, Md, Bd, Je, Wa, Gb,  
Hr, Km, Mr, Im, Es, Hä, De, Rd, Kl,  
Ft, Dx, Mu

OECD/DAC: Ueberprüfung der schweizerischen Entwicklungspolitik

Am 4. Mai 1988 fand die alle zwei Jahre stattfindende Ueberprüfung der schweizerischen Entwicklungspolitik durch das DAC statt. Einmal mehr erntete die Schweiz dabei - wie es das beiliegende Kommuniké des DAC zum Ausdruck bringt - Kritik am ungenügenden Volumen ihrer Hilfe und Lob für den sorgfältigen, qualitativ überdurchschnittlichen Mitteleinsatz.

Im einzelnen verdienen aus der Sicht unseres Bundesamtes folgende Punkte besonders erwähnt zu werden:

1. Die Argumente zur Erklärung des bescheidenen Volumens (beschränkter Spielraum in Folge des geringen Anteils des Bundes an Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand; delikates "Gleichgewicht" der Finanzordnung, zu der der Bürger sich direkt äussern kann etc.) werden von unseren DAC-Partnern zunehmend als zu leicht gewogen. Norwegen und die Niederlande gaben uns unverblümt zu verstehen, dass man die Haltung der Bundesbehörden als zu passiv und zu wenig ambitiös betrachte, und dass wir gegenüber Parlament und Öffentlichkeit unserer Führungsaufgabe in diesem Bereich nicht gerecht würden. Italien wies darauf hin, dass zur Messung der Opfersymetrie das Pro-Kopf-Einkommen und nicht das BSP herangezogen werden sollte, was die Leistung der Schweiz in noch ungünstigerem Licht erscheinen liesse. Die Tatsache, dass die Ueberprüfung von Wirtschaftslage und -aussichten der Schweiz durch die OECD, die erst zehn Tage zurücklag und unsere beneidenswerte Lage (u.a. grosser Budget- und Ertragsbilanzüberschuss, Vollbeschäftigung) ins Scheinwerferlicht rückte, mag dieser schärferen Kritik zusätzlich Vorschub geleistet haben.
2. Stärker als erwartet, wurden von DAC-Mitgliedländern (namentlich Norwegen und die Niederlande) auch unsere bedeutenden wirtschaftlichen Interessen in der dritten Welt (Exporte, Investitionen) hervorgehoben, die uns in unserem eigenen Interesse zu verstärkten Leistungen anspornen und uns erlauben sollten, in der Wirtschaft die politische Basis für eine grosszügigere Hilfe zu verbessern. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass die schweizerischen Importe aus Entwicklungsländern, gemessen an den Gesamteinfuhren der einzelnen Länder, gemäss einer kürzlichen Erhebung des DAC stark unter dem OECD-Mittel liegen. Schliesslich wurden wir auch darauf angesprochen, was die Schweiz im Agrarbereich zu tun gedenke, um die Einfuhren (aus Entwicklungsländern) zu erleichtern.

In meiner Stellungnahme betonte ich u.a., dass sowohl die Bundesbehörden wie unsere Wirtschaft sich der langfristigen wirtschaftlichen Interdependenz zwischen Nord und Süd sehr wohl bewusst seien. Die hohen Risiken und Kosten der Markt-sbearbeitung in vielen Entwicklungsländern führten allerdings

dazu, dass vor allem kleinere und mittlere Unternehmen ihre Aktivität auf diesen Märkten gegenwärtig eher reduzieren, wenn nicht gar einstellen müssten. Es bestehe deshalb unverkennbar eine gewisse Gefahr, dass kurzfristig das Interesse an diesen Märkten zurückgehen könnte, wobei nun die Zufuhr zusätzlicher Mittel in die ärmsten Schuldnerländer (ESAF, Weltbankinitiative, bilaterale Zahlungsbilanzhilfen) dieser Entwicklung entgegen wirken sollte.

Was die Einfuhrmöglichkeiten für verarbeitete Güter anbetreffe, verfüge die Schweiz über eines der grosszügigsten Präferenzsysteme. Negativ wirke sich die Binnenlage der Schweiz aus, die namentlich im Bereich der Rohstoffe zu gewichtigen Verzerrungen der Handelszahlen führen könne, indem für die Schweiz bestimmte Waren, dem Land des Einfuhrhafens zugeschrieben würden. Durch einen gezielten Ausbau von Importförderungsprogrammen (zweitwichtigstes Geberland des ITC) versuche man die Entwicklungsländer zu unterstützen und sie für unseren Markt zu interessieren.

Ohne im einzelnen auf die bekannten Gründe für den Schutz unserer Landwirtschaft einzugehen, wies ich darauf hin, dass unsere Landwirtschaftspolitik sich weitgehend auf "defensive" Massnahmen beschränke. Wichtigstes Hindernis für verstärkte Einfuhren von Agrarprodukten aus Entwicklungsländern in die Schweiz (grösster pro Kopf-Importeur von Agrarprodukten) stellten nicht deren Importbeschränkungen dar, sondern die "offensiven" Massnahmen (Exportsubventionen) anderer OECD-Länder.

Der bedeutende Platz, den der Ausschuss diesen Fragen einräumte, dürfte teilweise damit zu erklären sein, dass wir im Zehnjahresbericht richtigerweise (aber vielleicht etwas zu viel versprechend) betonen, dass die Entwicklungszusammenarbeit nur eine (bescheidene) Dimension der schweizerischen Beziehungen zu der dritten Welt darstellt, und dass es darauf hinzuwirken gilt, dass die Gesamtheit unserer Beziehungen zur dritten Welt sich "entwicklungsgerecht" gestalten.

3. Auf Wunsch der schwedischen und italienischen Examinatoren habe ich dem Ausschuss die Ueberlegungen dargelegt, die uns nach Abwägung aller Vor- und Nachteile dazu führten, in Ghana erstmals eine bilaterale Zahlungsbilanzhilfe über das Devisenauktionssystem einzubringen. Zur Erleichterung der Diskussion habe ich die beiliegende Unterlage vorbereitet und verteilen lassen.

Dieser neue, innovative Weg, das von uns gewählte konzeptionelle Vorgehen und die Einbringung der Gegenwertmittel in das PAMSCAD (Program Action to Mitigate Social Cost of Adjustment) stiess auf grosses Interesse und wurde vom Ausschuss auch durch die nachträgliche Einführung eines entsprechenden Hinweises ins Kommuniké gewürdigt.

4. Einiges Gewicht legten die Examinatoren (Schweden) auch auf die schweizerische Haltung in der Verschuldungsfrage, unter besonderer Berücksichtigung der im Club de Paris diskutierten Initiativen. Dies gab mir Gelegenheit auf die schweizerische Mitwirkung in der Aufstockung der Structural Adjustment Facility (unter Betonung der besonderen Lage der Schweiz als Nichtmitgliedland des IMF), der Weltbankinitiative für Afrika sowie auf unseren Beitrag an den bolivianischen Plan zum Rückkauf kommerzieller Schulden einzugehen. Diese letzte Initiative stiess auf grosses Interesse und wurde allgemein positiv gewertet. Eine Ausnahme machte einzig Frankreich, das sich kritisch zu solchen Aktionen äusserte, weil viele Banken wegen ungenügenden Rückstellungen noch nicht in der Lage seien, von solchen Offerten Gebrauch zu machen.

Mit Bezug auf die im Club de Paris diskutierten Initiativen legte ich die besonderen Schwierigkeiten, die sich der Schweiz bei einem Uebergang zu "konzessionellen" Konsolidierungszinsen stellen würden dar, betonte jedoch gleichzeitig, dass wir versuchen würden, uns einer solchen Lösung anzuschliessen, falls ein Konsens in dieser Richtung gefunden werden sollte. Dass ich diese Versicherung ohne "Kosten" abgeben konnte, belegte gleich darauf der japanische Vertreter, der klarstellte, dass sein Land eine solche Lösung nicht akzeptieren könnte.

5. Im Bereich der Mischkredite formulierten die Examinatoren eine einzige, aber gewichtige Frage, die unsere Möglichkeiten in Zweifel zog, mit dem beschränkten Personalbestand einen, den entwicklungspolitischen Zielsetzungen des Instrumentes gerecht werdenden Mitteleinsatz sicherzustellen. Ich trat diesem Vorbehalt entgegen, indem ich (u.a.) darauf hinwies, dass unsere grössere Erfahrung sowie die zunehmende Vertrautheit von Industrie und Partnerländern mit diesem Instrument und die verstärkte Konzentration auf Länder, mit denen wir gute Erfahrungen gemacht hätten, uns erlaubten, pro Personaleinheit mehr Leistung zu erbringen. Ausserdem würden wir bei Projekten über 2 Mio Fr in der Regel aussenstehende Experten beiziehen. Die gemachten Erfahrungen und der Personalstopp veranlassten uns zu einer laufenden Ueberprüfung und Verbesserung unserer Methoden, was zu einem systematischeren und effizienteren Vorgehen geführt habe. Zur konkreten Illustration erläuterte ich dem Ausschuss anschliessend das im Rahmen des Mischkredites China II gewählte Verfahren bis auf die Ebene eines einzelnen Projektes.

Im übrigen legte ich dem Ausschuss die jüngsten Aenderungen in Bedingungen und Politik dar. Ich wies dabei auch darauf hin, dass wir in Zukunft bereit seien, unter ganz bestimmten Bedingungen, die ich im einzelnen darlegte, mit Mischkrediten wettbewerbsverzerrende Finanzierungsangebote von Konkurrentenländern zu kontern (matching). Auf diese, von mir auch in dissuasiver Absicht gemachten Ankündigung, reagierte allein und ausgerechnet Frankreich negativ, das in Zweifel zog, dass ein solcher Einsatz mit der entwicklungspolitischen Zielsetzung des Instrumentes in Einklang gebracht werden könne.

Gesamthft kann festgehalten werden, dass niemand die Einhaltung der Richtlinien über Mischfinanzierungen des DAC durch die Schweiz in Zweifel zog und dass die Diskussion den guten Ruf, den unser Land in diesem Bereich hat, bestätigte.



W.B. Jaggi

Beilagen: - Pressemitteilung der OECD  
- Kommentar der NZZ vom 5.5.88  
- Unterlage zu Zahlungsbilanzhilfen Ghana

# Communiqué de presse

PRESSE/A(88)24

Paris, 5 mai 1988

## EXAMEN DE L'AIDE DE LA SUISSE PAR LE CAD

Le Comité d'aide au développement (CAD) de l'OCDE s'est réuni le 4 mai 1988, sous la présidence de M. Joseph Wheeler, pour examiner l'effort et la politique d'aide au développement de la Suisse. La Délégation suisse était conduite par M. J-F Giovannini, de la Direction de la coopération pour le développement et de l'aide humanitaire, et par M. W. Jaggi de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures. Les délégations examinatrices étaient l'Italie et la Suède.

En 1986, les versements nets d'aide publique au développement (APD) ont augmenté en monnaie nationale mais, en raison essentiellement du calendrier des contributions aux institutions multilatérales, ils ont diminué légèrement en valeur réelle pour s'établir à 421.5 millions de dollars, soit 0.30 pour cent du PNB. Sur la base des données préliminaires, le rapport de l'APD au PNB devrait être resté à ce niveau en 1987.

Tout en reconnaissant qu'au cours des dix dernières années l'aide de la Suisse a progressé à un rythme soutenu, le Comité a noté qu'exprimée en pourcentage du PNB, elle est restée inférieure à la moyenne du CAD (0.35 pour cent en 1986) et aussi nettement inférieure aux résultats obtenus par la plupart des pays du CAD. Il a demandé instamment aux autorités suisses d'accélérer la croissance de leur aide de façon à la porter à un niveau reflétant mieux la vigueur économique du pays et ses relations économiques avec les pays en développement. Le Comité a recommandé aux autorités suisses d'adopter un objectif plus ambitieux en matière de volume d'aide. Il s'est félicité de l'expansion continue des efforts d'aide des cantons et communes suisses. Les dons des organisations privées et bénévoles sont bien supérieurs à la moyenne des pays du CAD, tant en pourcentage du PNB que par habitant. Les apports privés aux conditions du marché ont fortement diminué pour la deuxième année consécutive et leur niveau en 1986 (695 millions de dollars) a été le plus bas enregistré ces dernières années. Ce fléchissement est dans une large mesure attribuable à une réduction sensible des emprunts nets des institutions internationales de financement du développement sur le marché suisse des capitaux. L'investissement direct et le volume net des crédits privés garantis à l'exportation ont aussi marqué un recul.

W.3898D/Arch.1361D  
12294

Les conditions déjà très libérales de l'APD suisse se sont encore améliorées en 1987, l'aide étant désormais dispensée entièrement sous forme de dons. Les apports d'aide sont dans une large mesure déliés et une part importante de l'APD est utilisée pour le financement des dépenses locales. La part des pays à faible revenu et des pays d'Afrique subsaharienne dans l'APD suisse est bien supérieure à la moyenne du CAD, ce qui est aussi le cas pour les pays les moins avancés. Parmi les pays du CAD, la Suisse est celui qui consacre la part la plus importante de son aide à l'agriculture et au développement rural. La Suisse appuie les pays entreprenant des efforts d'ajustement structurel par le biais de cofinancements avec l'IDA, de contributions à la Facilité spéciale pour l'Afrique ainsi que d'un soutien à la balance des paiements qui connaît une rapide expansion. Dans ce contexte, le Comité a noté avec intérêt les approches novatrices prises récemment par la Suisse afin de soutenir les efforts d'ajustement structurel. Il a aussi pris note de la contribution de la Suisse aux initiatives internationales visant à l'allègement du fardeau de la dette des pays en développement. Le Comité s'est félicité de la participation active de la Suisse aux efforts d'amélioration de la coordination de l'aide et a noté qu'elle avait joué un rôle central dans la coordination locale dans plusieurs pays bénéficiaires et dans des secteurs particuliers comme la sylviculture.

La Délégation suisse a informé le Comité des principales conclusions d'une étude du programme d'aide de la Suisse au cours d'une période de dix années que les autorités d'aide ont réalisé à la demande du Parlement et qui a été achevée en 1987. Les politiques et les programmes d'aide seront adaptés de façon à mieux répondre aux besoins des pays en développement. Le développement rural et l'agriculture continueront de revêtir un rang élevé de priorité mais une attention accrue sera portée au développement urbain, à la population, à l'intégration des femmes au développement et aux problèmes d'environnement. On recherchera une plus forte concentration des activités d'aide sur le plan géographique et sectoriel et la programmation par pays sera renforcée. Les efforts faits pour accroître la participation des autres départements gouvernementaux et du secteur privé afin d'insérer la coopération au développement dans un cadre plus large seront intensifiés. Les liens étroits de collaboration existant avec les organisations bénévoles privées seront maintenus.

Les crédits mixtes représentent une part relativement peu importante de l'aide suisse. Le Comité a accueilli avec satisfaction la déclaration de la Délégation suisse qui a précisé que ces crédits devaient se conformer aux exigences en matière de développement énoncées dans la loi fondamentale sur la coopération au développement et respecter totalement les "Lignes directrices du CAD relatives au financement mixte et à l'aide publique au développement liée et partiellement déliée".

## SUISSE : ÉVOLUTION DU VOLUME DE L'AIDE PUBLIQUE AU DÉVELOPPEMENT (APD)

	Moyennes biennales sur la période des dix dernières années			1984	1985	1986
	1975/76	1980/81	1985/86			
Versements nets :						
En monnaie nationale (millions de FS)						
APD totale	274.1	444.2	750.8	670.8	743.3	758.2
-- Bilatérale	174.9	307.9	570.5	513.2	559.2	581.8
-- Multilatérale	99.3	136.2	180.3	157.7	184.0	176.7
Aux prix et taux de change courants (millions de dollars E.U.)						
APD totale	108.0	244.8	362.0	285.5	302.5	421.5
-- Bilatérale	68.8	169.8	275.5	218.4	227.6	323.4
-- Multilatérale	39.2	75.0	86.6	67.1	74.9	98.2
Aux prix et taux de change de 1985 (millions de dollars E.U.)						
APD totale	159.4	216.5	299.3	279.8	302.5	296.1
-- Bilatérale	101.9	150.1	227.4	214.0	227.6	227.2
-- Multilatérale	57.5	66.3	71.9	65.8	74.9	69.0
En pourcentage du PNB						
APD totale	0.19	0.24	0.30	0.30	0.31	0.30
-- Bilatérale	0.12	0.17	0.23	0.23	0.23	0.23
-- Multilatérale	0.07	0.07	0.07	0.07	0.08	0.07
ÉVOLUTION DES TAUX DE CROISSANCE ANNUELS MOYENS DES VERSEMENTS D'APD EN TERMES RÉELS SUR LES PÉRIODES QUINQUENNALES Pourcentages						
			Pour référence : tot. CAD			
	1975/76- 1980/81	1980/81- 1985/86	1975/76- 1980/81	1980/81- 1985/86		
Versements nets :						
APD totale	6.3	6.7	4.4	3.5		
-- Bilatérale	8.1	8.7	4.2	4.8		
-- Multilatérale	2.9	1.6	4.9	0.6		
Mémo : Croissance du PNB en termes réels						
	1.3	1.8	3.1	3.5		

## COMPARAISON DES APPORTS DE LA SUISSE ET DES AUTRES PAYS DU CAD

	Aide publique au développement (versements nets) 1986		% du total CAD	Croissance annuelle moyenne en termes réels 1980/81-1985/86	Elément de libéralité de l'APD (engagements) (%) 1986 (a)	Part de l'aide multilatérale 1986 (b)		Aide aux pays les moins avancés 1986 (c)		Appports totaux en % du PNB 1986
	Millions de dollars	% du PNB				% de l'APD	% du PNB	% de l'APD	% du PNB	
Allemagne	3 832	0.43	10.4	1.3	89.1	18.7 (31.0)	0.08 (0.13)	25.0	0.11	0.88
Australie	752	0.47	2.1	4.9	100.0	31.8	0.15	17.2	0.08	0.65
Autriche	198	0.21	0.5	2.7	79.6	28.4	0.06	11.7	0.02	0.14
Belgique	549	0.48	1.5	-0.3	(97.8)	18.7 (34.1)	0.09 (0.17)	26.4	0.13	-0.69
Canada	1 695	0.48	4.6	5.4	99.9	37.8	0.18	26.2	0.13	0.44
Danemark	695	0.89	1.9	5.4	97.4	41.8 (47.9)	0.37 (0.42)	34.4	0.30	0.60
Etats-Unis	9 564	0.23	26.1	3.2	96.8	20.5	0.05	15.2	0.03	0.29
Finlande	313	0.45	0.9	14.7	98.4	40.0	0.18	35.1	0.16	0.62
France DOM/TOM inclus	5 105	0.72	13.9	3.3	86.1	10.9 (18.5)	0.08 (0.13)	18.3	0.13	1.29
DOM/TOM exclus	3 508	0.49	9.6	6.4						1.03
Irlande	62	0.28	0.2	10.6	100.0	32.1 (59.5)	0.09 (0.17)	35.9	0.10	0.52
Italie	2 404	0.40	6.6	18.1	(96.0)	28.8 (38.1)	0.12 (0.15)	44.4	0.18	0.43
Japon	5 634	0.29	15.4	3.4	81.7	31.7	0.09	26.7	0.08	0.75
Norvège	798	1.20	2.2	8.4	99.4	40.0	0.48	34.0	0.41	(1.77)
Nouvelle-Zélande	75	0.30	0.2	0.3	100.0	19.3	0.06	13.0	0.04	0.43
Pays-Bas	1 740	1.01	4.7	-0.4	97.6	24.5 (32.2)	0.25 (0.32)	27.9	0.28	1.63
Royaume-Uni	1 750	0.32	4.8	-1.1	100.0	22.9 (41.6)	0.07 (0.13)	26.2	0.08	1.32
Suède	1 090	0.85	3.0	3.1	(99.8)	28.7	0.24	29.4	0.25	1.33
Suisse	422	0.30	1.1	6.7	99.2	23.3	0.07	34.5	0.10	0.83
TOTAL CAD	36 678	0.35	100.0	3.4	(92.7)	23.9 (28.5)	0.08 (0.10)	23.8	0.08	0.62

a. Réaménagement de la dette exclu.

b. A l'exclusion des contributions à la CEE ; les chiffres entre parenthèses englobent ces contributions.

c. Versements nets. Montants ventilés uniquement. Apports bilatéraux et apports multilatéraux imputés.



N22  
55.55

## Geringe Schweizer Entwicklungshilfe weiter im Schussfeld der OECD

Anhaltend günstiges «Kosten-Nutzen-Verhältnis»

G. S. Zu den wenigen *regelmässig wiederkehrenden Kritikpunkten* der OECD an der Schweiz gehört der im internationalen Vergleich geringe Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe. Alle zwei Jahre wird dieses Missfallen aus Anlass des sogenannten Examens der Schweizerischen Entwicklungshilfe durch den *Entwicklungshilfeausschuss* der OECD (DAC) öffentlich kundgetan. Als «Examinatoren» fungierten diesmal *Schweden und Italien*, beides Länder, die einen höheren Anteil ihres Bruttoinlandproduktes (BIP) für Entwicklungshilfe aufwenden als die Schweiz.

### Versiegen der privatwirtschaftlichen Finanzströme

Auf den ersten Blick erstaunt es heuer mehr als sonst, dass die OECD die Schweizer Behörden auffordert, das Wachstum der öffentlichen Entwicklungshilfe zu *beschleunigen*, um so auf ein Niveau zu kommen, das der wirtschaftlichen *Stellung und Stärke* des Landes entspreche. In Dollar stieg nämlich die *öffentliche Entwicklungshilfe* von 302,5 Mio. \$ 1985 um 39% auf 421,5 Mio. \$ 1986. Das entspricht – sofern bei «Notes» das *Emissionsdatum* herangezogen wird, wie dies bei der DAC-Statistik der Fall ist – 756 Mio. Fr. Unter Einbezug der *Leistungen der privaten Hilfsorganisationen* stieg die Hilfe um 37% auf 487,9 (356,4) Mio. \$. Der Zuwachs beruht indessen in erster Linie auf einer massiven *Tieferbewertung der amerikanischen Währung*, so dass sich bei konstanten Preisen und Wechselkursen (von 1984) sogar ein *leichter Rückgang* um 2% auf 303 (309) Mio. \$ ergäbe. Hauptsächlich wird dies mit der *Terminierung* der Beiträge an multilaterale Organisationen begründet. Die gleiche Abschwächung kommt auch bei der Schlüsselzahl der Entwicklungshilfe gemäss dem DAC-Verständnis, nämlich dem *Anteil der Entwicklungshilfe am BIP*, zum Ausdruck, indem sich dieser leicht auf 0,31 (0,30)% zurückbildete. Das lässt das vom Bundesrat wiederholt als erstrebenswert bezeichnete Ziel, wenigstens den OECD-Durchschnitt von 0,35% (1986) zu erreichen, als nach wie vor *in einiger Ferne* erscheinen, auch wenn Budget und Finanzplanung für die nächsten beiden Jahre einen Anstieg auf 0,31% und 0,32% vorhersehen.

Die *private Wohltätigkeit* gegenüber der Dritten Welt war 1986 ein geringerer «Ausgleich» als auch schon. Sie liegt zwar in der Schweiz *weiter deutlich über dem OECD-Durchschnitt*, ging jedoch 1986 in Franken um 10% zurück, was einen Anstieg in Dollar um «lediglich» 23% (auf 66,4 Mio. \$) bewirkte. Nicht besser ist es um die *privatwirtschaftlichen Finanzströme* aus der Schweiz in die Dritte Welt bestellt. Lange hatten diese zu Marktbedingungen und aus kommerziellen Motiven vorgenommenen Transfers die Schweiz zu einer *äusserst wichtigen Finanzquelle* für die unterentwickelten Länder gemacht und damit vermutlich *mehr zu deren Fortschritt* beigetragen als so manches gutgemeinte Geschenk.

1986 sackten diese Finanzströme jedoch netto zum zweitenmal ab, nämlich von 2,153 Mia. \$ auf 695 Mio. \$, nachdem sie 1984 sogar 3,038 Mia. \$ erreicht hatten. Hauptursache dafür ist, dass die *Ausleihungen*, die multilaterale Entwicklungsinstitutionen sowie Länder der Dritten Welt auf dem schweizerischen Kapitalmarkt tätigen, sich von 1,68 Mia. \$ auf weniger als einen Drittel (510 Mio. \$) reduzierten. Ausserdem fand bei den staatlich garantierten *Exportkrediten* wie schon in den beiden Vorjahren

nicht ein Abfluss, sondern ein Nettozufluss statt, und zwar einer, der sich gegenüber 1985 (139 Mio. \$) mehr als verdoppelte (332 Mio. \$). Schliesslich nahmen auch die *Direktinvestitionen* in der Dritten Welt von netto 488 Mio. \$ auf 264 Mio. \$ ab, was gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1983 und 1984 immer noch einer Ausweitung um mehr als 100% entspricht. Da half es wenig, dass die darniederliegenden *Bankkredite*, die noch 1983 rund 1,8 Mia. \$ ausgemacht hatten, sich von 123 Mio. \$ auf 253 Mio. \$ erholten.

### Hoher Anteil «eigentlicher» Entwicklungshilfe

Diesem quantitativ in mancherlei Hinsicht *ernüchternden Befund* steht gegenüber, dass die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz hinsichtlich ihrer *sonstigen Charakteristika* jeweils sehr gute Noten erhält. Würde man daher die ökonomische Gretchenfrage nach dem *Verhältnis von Kosten und Nutzen* stellen, so stünde die Schweiz wahrscheinlich nicht schlecht da.

Ob es darum geht, welcher Anteil der Hilfe *ungebunden* ist, wieviel zur Finanzierung von *lokal anfallenden Kosten* verwendet wird, ob die *ärmeren und ärmsten Entwicklungsländer* genügend stark berücksichtigt sind oder welches Gewicht der *Förderung der ländlichen Gebiete* und der Landwirtschaft zukommt – praktisch überall liegt die Schweiz deutlich besser als der OECD-Durchschnitt.

Das gilt auch für die Liberalität und Grosszügigkeit der *Finanzierungskonditionen*, und es trifft nicht zuletzt auf die Handhabung der *Mischkredite* zu, die einerseits einen relativ kleinen Teil der Schweizer Entwicklungshilfe ausmachen und andererseits stärker als andernorts Entwicklungshilfekriterien gerecht werden müssen. Die Vermutung drängt sich daher auf, dass der schweizerische Anteil an einer *enger definierten*, stärker auf die am meisten Bedürftigen ausgerichteten Entwicklungshilfe wohl recht deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen würde – und nicht darunter.

## Die öffentlichen Aufträge im Visier Brüssels

Einhaltung der EG-Bestimmungen  
als Voraussetzung für Finanzausschüsse

wm. Brüssel, 4. Mai

Die EG-Kommission hat am Mittwoch beschlossen, künftig Zahlungen der Gemeinschaft für öffentliche Vorhaben von der Frage abhängig zu machen, ob die einschlägigen EG-Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen von den begünstigten Behörden auch eingehalten werden. Sollte überdies im nachhinein festgestellt werden, dass entsprechende Regeln verletzt wurden, so können *bereits ausbezahlte finanzielle Hilfen* wieder *zurückgefordert* werden. Zur Feststellung von Verstössen sollen vermehrt *Kontrollen* durchgeführt werden.

Diese Massnahme Brüssels ist ein weiterer Versuch, die *Liberalisierung* bei den öffentlichen Aufträgen *weiterzubringen*. Zwar gibt es heute schon einige Richtlinien dazu, doch werden diese in den meisten Fällen von nationalen Behörden und auch bei untergeordneten Gebietskörperschaften wenig beachtet. Zur besseren Durchsetzbarkeit der geltenden Bestimmungen hat die EG-Kommission deshalb auch schon andere Initiativen ergriffen. So sollen künftig *Klagemöglichkeiten* für zu Unrecht nicht berücksichtigte Bewerber geschaffen sowie der

Soutien suisse aux programmes d'ajustement structurel:  
l'exemple de l'aide bilatérale au Ghana

Remarque préliminaire

Au cours des trois prochaines années environ un tiers (ca. 50 mio frs) des aides suisses à la balance des paiements seront attribuées par voie bilatérale (financements parallèles aux actions multilatérales), et deux tiers (ca. 100 mio frs) le seront sous forme de cofinancements avec l'AID.

1) Aides à la balance de paiement au Ghana I à III

1.1. Montants et secteurs

I	1984	12,7	mio frs	Transport (réhabilitation de camions de la State Transport Cooperation)
II	1985	20	mio frs	Pharmaceutique, textile, transport (chemins de fer)
III	1986	10	mio frs	Pharmaceutique, textile, éducation, hôpitaux

1.2. Procédures

a) préparation

- identification des secteurs prioritaires pour le développement et la restructuration du Ghana auxquels la Suisse est en mesure d'offrir des connaissances spécifiques et des prestations compétitives;
- allocation de l'aide aux importateurs en fonction de leurs besoins;

b) exécution

- en règle générale, l'importateur doit, pour chaque achat, soumettre au gouvernement ghanéen les offres (factures pro forma) d'au moins trois fournisseurs potentiels, dont l'une provenant de la Suisse.

- 2 -

- le gouvernement ghanéen nous soumet ces offres avec une proposition concernant le fournisseur qu'il souhaite retenir (normalement celui présentant l'offre la plus compétitive, qu'il soit suisse ou étranger)
- après acceptation de cette proposition par la Suisse, une lettre de crédit au bénéfice du fournisseur sélectionné est ouverte auprès de la Banque nationale suisse
- l'importateur verse les fonds de contrepartie en monnaie nationale à la Banque Centrale à l'arrivée des biens au Ghana (condition pour le retrait de la marchandise du port d'entrée)
- les fonds de contrepartie entrent dans le budget général du gouvernement du Ghana.

## 2) Aides IV et V

### 2.1. Montants prévus

IV 1988 10 mio frs

V 1989 10 mio frs

### 2.2. Procédures

Changement dans les procédures: l'aide n'est plus allouée par voie administrative; entrant dans le système de vente aux enchères de devises, elle est attribuée selon les lois du marché;

#### a) avantages

- conformité avec le caractère macro-économique de l'instrument
- soutien plus efficace des efforts du Ghana pour rétablir un cours de change libre et réduire toutes les distorsions du marché
- bénéficiaires et fournisseurs sélectionnés par le marché et non sur la base de décisions administratives
- procédures plus simples et engagement plus rapide de l'aide
- harmonisation avec les procédures de la Banque mondiale

b) désavantages

- l'efficacité de l'aide au niveau microéconomique ne peut pas être assurée (il faut faire confiance aux mécanismes du marché qui ne sont encore rétablis que partiellement)
- les secteurs économiquement faibles n'ont que très peu de chances de bénéficier d'une aide allouée par le système de mise aux enchères de devises
- les possibilités d'un soutien sectoriel indirect de l'industrie suisse disparaissent
- l'origine suisse de l'assistance ne transparaît plus au niveau de l'utilisateur final.

c) solution adoptée

Intégration de l'aide suisse dans le système de mise aux enchères de devises selon les modalités suivantes:

- financement de demandes en francs suisses pour l'importation de biens essentiels (produits de consommation à caractère social, moyens de production, pièces détachées etc.) sans définition de secteurs spécifiques;
- pendant les six premiers mois après l'entrée en vigueur de l'accord, 30% de l'aide reste réservé à des achats prioritaires particuliers (dans le cadre ou en dehors du système de mise aux enchères);
- utilisation des fonds de contrepartie dans le cadre du PAMSCAD (Programme d'action pour atténuer les problèmes sociaux de l'ajustement structurel).

d) mécanisme d'allocation

- la Banque du Ghana attribue les devises<sup>1)</sup> au importateurs qui offrent les cours de change les plus élevés; les offres sont accompagnées par les factures des fournisseurs

<sup>1)</sup> en moyenne l'équivalent de 4 mio de \$ sont disponibles par semaine

- 4 -

- les factures en francs suisses retenues, répondant aux critères définis dans l'accord, sont envoyées par la Banque du Ghana à l'Office fédéral des affaires économiques extérieures (OFFAE)
- après acceptation des factures par l'OFFAE, une lettre de crédit est ouverte en faveur du fournisseur auprès de la Banque nationale suisse.